



Institut für Angewandte Politische Ökonomie

IAPÖ

ORF neu ordnen: Staatliche Grundversorgung klar trennen, Rest privatisieren

ORF
SCHLUSS MIT GEBÜHREN!

Ein schlanker ORF für Sicherheit, Information und Identität – kein gebührenfinanzierter Medienkonzern!

UNSER MODELL: Klare Trennung statt Systemchaos

| STÄATLICHER GRUND-ORF | PRIVATISIERUNG |
|---|--|
| <ul style="list-style-type: none">✓ 1 TV-Programm & 1 Radioprogramm✓ ehrliche Regierungsinfo✓ Krisen- und Sicherheitskommunikation✓ kulturelle Grundversorgung Sparsam aus dem BUDGET finanzieren. | <ul style="list-style-type: none">✓ Unterhaltung✓ Sport✓ Shows & Streaming✓ digitale Plattformen Kein Zwang mehr, OBS abschaffen! |
| ↓ | |
| Privatisierung Kein Zwang mehr, OBS abschaffen! | |

IAPÖ
INSTITUT FÜR ANGEWANDTE POLITISCHE ÖKONOMIE

Was staatlich ist, soll offen staatlich bleiben.
Was privat sein kann, soll privat werden.

KLARE INFRASTRUKTUR · TRANSPARENTE AUFGABE · EHRLICHE FINANZIERUNG

Reinhard Fellner



1. Ausgangslage

Österreich braucht auch im Medienbereich eine neue Ordnung. Die derzeitige Konstruktion des ORF ist weder konsequent staatlich noch wirklich privatwirtschaftlich. Sie ist ein Mischsystem mit unklarer Aufgabe, hohen Kosten, fragwürdiger Legitimation und einer Finanzierung, die viele Bürger zunehmend als Zwang empfinden.

Im Sinne einer **Autarkie- und Resilienzstrategie** braucht es daher eine grundlegende Reform: **klare Zuständigkeiten, transparente Aufgaben und eine ehrliche Finanzierung.**

Die Kernfrage lautet:

Was soll ein öffentlich finanziertes Medium in einem Staat des 21. Jahrhunderts tatsächlich leisten?

Die Antwort ist aus unserer Sicht eindeutig:

Ein aus Steuermitteln finanzierter Rundfunk soll sich auf jene Funktionen konzentrieren, die für Staat, Gesellschaft und Krisenfestigkeit wirklich unverzichtbar sind. Alles andere soll dem Markt, dem Wettbewerb und privaten Medienanbietern überlassen werden.

1. Das Grundproblem des heutigen ORF

Der ORF versucht heute zu vieles zugleich zu sein:

- staatstragendes Informationsmedium
- Unterhaltungsanbieter
- Kulturträger
- digitaler Vollanbieter
- Quasi-Konkurrent zu privaten Medien
- gebührenfinanzierte Anstalt mit öffentlichem Auftrag

Gerade diese Überdehnung ist das Problem.

Das Ergebnis ist ein System,

- das teuer ist,
- das seine eigentliche Aufgabe verwässert,
- das private Anbieter verdrängt



Institut für Angewandte Politische Ökonomie

- und dessen Zwangsfinanzierung immer schwerer vermittelbar ist.

Ein Medium, das öffentlich legitimiert wird, darf nicht alles machen.

Es muss sich auf das konzentrieren, was der Staat tatsächlich braucht.

2. Autarkie und Resilienz als neues Leitprinzip

Im Sinne der IAPÖ-Autarkie- und Resilienz Strategie muss auch die Medienordnung auf Krisenfestigkeit, Klarheit und Effizienz ausgerichtet werden.

Das bedeutet:

- **Autarkie**, also ein staatlich gesichertes Informationssystem für Krisen, Sicherheit und öffentliche Kommunikation
- **Resilienz**, also eine robuste technische Infrastruktur für Alarmierungen, Notfälle und nationale Informationssouveränität

Gerade in Zeiten von

- Blackouts,
- Cyberangriffen,
- geopolitischen Spannungen,
- Desinformation
- und gesellschaftlicher Polarisierung

braucht ein Staat verlässliche, schnelle und eindeutig zurechenbare Kommunikationskanäle.

Das ist die eigentliche öffentlich-rechtliche Kernfunktion.

3. Der neue ORF: schlank, klar, offiziell

Der ORF soll daher in zwei klar getrennte Bereiche aufgeteilt werden.

A. Staatlicher Grund-ORF

Ein schlanker, offiziell staatlicher Rundfunk als **Regierungseinrichtung**.

Dieser hat ausschließlich folgende Kernaufgaben:



Institut für Angewandte Politische Ökonomie

a) Offizielle Nachrichten und Regierungsinformationen

Nicht mehr unter dem Anspruch eines halbsouveränen Mischmodells, sondern offen und transparent:

- Regierungsinformationen
- amtliche Mitteilungen
- Erläuterung von Gesetzen und Maßnahmen
- Informationen zur staatlichen Lagebeurteilung
- Kommunikation in Krisenfällen

Der zentrale Punkt ist dabei Ehrlichkeit:

Wenn es sich um staatliche Kommunikation handelt, dann soll sie auch **offiziell als solche gekennzeichnet** sein.

Nicht scheinbar staatsfern, sondern transparent staatlich.

b) Alarmierungen und sicherheitsrelevante Informationen

Ein reformierter Regierungs-ORF soll ein integraler Teil der nationalen Sicherheitsarchitektur sein:

- Katastrophenwarnungen
- Zivilschutzinformationen
- Blackout-Kommunikation
- Hochwasser-, Sturm- und Gefahrenmeldungen
- Verhaltensanweisungen in Notlagen

Gerade hier zeigt sich die Resilienzfunktion eines nationalen Grundsenders.

c) Ein Fernsehprogramm und ein Radioprogramm

Der staatliche ORF soll sich auf **ein TV-Programm und ein Radioprogramm** beschränken.

Mehr ist für den staatlichen Kernauftrag nicht notwendig.

d) Kulturelle und identitätsstiftende Inhalte

Im Unterhaltungsbereich soll der staatliche ORF keine teure Vollversorgung betreiben, sondern bewusst identitätsstiftende und kostengünstige Inhalte senden:



Institut für Angewandte Politische Ökonomie

- klassische österreichische Filme
- Produktionen aus den Bundesländern
- historisches Filmgut
- kulturelles Archivmaterial
- traditionsbezogene Inhalte

Beispielsweise:

- Sissi-Filme
- österreichische Filmklassiker
- regionale Dokumentationen
- landeskundliche Beiträge

Damit würde der staatliche ORF nicht zum Unterhaltungskonzern, sondern zum **kulturellen Grundversorger mit österreichischem Profil**.

4. Finanzierung: aus dem Budget, nicht über Zwangsgebühren

Wenn der verbleibende staatliche ORF eine klare Regierungs- und Sicherheitsfunktion erfüllt, dann muss er auch ehrlich finanziert werden:

☞ aus dem Bundesbudget

Nicht über OBS-Gebühren, nicht über versteckte Pflichtabgaben, nicht über eine Scheinunabhängigkeit mit Zwangsfinanzierung.

Das hätte mehrere Vorteile:

- volle Transparenz
- demokratische Budgetkontrolle
- klare politische Verantwortlichkeit
- Ende der Zwangsgebührenlogik

Ein schlanker Grund-ORF mit einem Fernseh- und einem Radioprogramm wäre deutlich günstiger als die heutige Struktur und könnte sparsam aus allgemeinen Mitteln finanziert werden.



5. Der übrige ORF: vollständig privatisieren

Alles, was über diesen staatlichen Grundauftrag hinausgeht, soll nicht mehr öffentlich finanziert werden.

Der restliche ORF-Bereich ist vollständig zu privatisieren:

- Unterhaltung
- Sportrechte
- Streaming-Angebote
- digitale Plattformen
- Showformate
- kommerzielle Medienangebote

Diese Bereiche können von privaten Unternehmen geführt werden.

Das würde:

- Wettbewerb stärken
- Medienvielfalt fördern
- Kosten senken
- politische Einflusszonen verkleinern

Vor allem aber würde es ein Grundproblem lösen:

Heute konkurriert der gebührenfinanzierte ORF in vielen Bereichen mit privaten Medien, die sich am Markt behaupten müssen. Das ist ordnungspolitisch fragwürdig.

Ein privatisierter Unterhaltungs-ORF müsste sich wie andere Anbieter auch im Markt bewähren.

6. Keine OBS-Gebühr mehr

Mit dieser Neuordnung entfällt die Rechtfertigung für die OBS-Gebühr.

Denn:

- Der staatliche Kernbereich wird aus dem Budget finanziert.
- Der übrige Bereich ist privatwirtschaftlich organisiert.



Institut für Angewandte Politische Ökonomie

Damit gilt:

👉 **Keine ORF-Zwangsgebühr mehr.**

Das wäre nicht nur sozial fairer, sondern auch politisch ehrlicher.

Viele Bürger empfinden die bestehende Gebührenpflicht als ungerecht, vor allem wenn sie Angebote nicht nutzen oder den politischen und programmlichen Kurs ablehnen.

Ein modernes Mediensystem braucht keine Zwangsgebühr, sondern klare Zuständigkeit.

7. Vorteile dieses Modells

a) Ehrlichkeit

Staatliche Kommunikation wäre offen staatlich.

Keine künstliche Konstruktion eines halb staatlichen, halb unabhängigen Systems.

b) Sparsamkeit

Ein schlanker Regierungs-ORF mit minimaler Struktur wäre erheblich günstiger.

c) Krisenfestigkeit

Österreich hätte einen robusten, klar steuerbaren Informationskanal für Notlagen.

d) Wettbewerb

Private Medien würden nicht länger durch einen übermächtigen Zwangsgebühren-Apparat verzerrt.

e) Identität

Österreichische Kultur- und Filmgeschichte bliebe sichtbar, ohne dass dafür ein teurer Vollapparat nötig wäre.

f) Transparenz

Finanzierung, Auftrag und Verantwortung wären klar erkennbar.



8. Einwände und Gegenargumente

Natürlich wird gegen ein solches Modell eingewandt werden, dass ein staatlicher Kern-ORF zu nahe an der Regierung sei.

Genau hier liegt aber der Punkt:

Er soll **offen** ein staatliches Informationsmedium sein, nicht unter dem Vorwand umfassender publizistischer Neutralität alles zugleich leisten.

Die eigentliche publizistische Vielfalt soll durch freie und private Medien sichergestellt werden.

Ein zweiter Einwand lautet, dass Privatisierung zu Qualitätsverlust führe.

Das mag in einzelnen Bereichen möglich sein. Aber Unterhaltung, Shows, Sportrechte und kommerzielle Formate sind keine zentrale Staatsaufgabe. Diese dürfen sehr wohl marktwirtschaftlich organisiert werden.

9. ORF-Reform als Teil einer größeren Staatsreform

Diese Reform passt in eine umfassendere IAPÖ-Linie:

- schlanker Staat
- klare Kernaufgaben
- Rückbau aufgeblähter Strukturen
- Autarkie bei strategischen Systemen
- Resilienz in Krisen

Der Medienbereich darf dabei keine Ausnahme sein.

Auch hier gilt:

- 👉 Der Staat soll dort stark sein, wo er wirklich gebraucht wird.
- 👉 Und er soll sich dort zurückziehen, wo private Anbieter leisten können.

10. Conclusio

Österreich braucht keinen allumfassenden Zwangsgebühren-ORF.

Österreich braucht einen **klar definierten, schlanken und krisenfesten Grund-ORF** für staatliche Information, Alarmierung und kulturelle Basisversorgung.



Institut für Angewandte Politische Ökonomie

Alles andere gehört privatisiert.

Das bedeutet:

- ein TV-Programm
- ein Radioprogramm
- offizielle Regierungs- und Sicherheitsinformation
- kulturelle Grundversorgung mit österreichischem Profil
- sparsame Budgetfinanzierung
- keine OBS-Gebühr mehr
- vollständige Privatisierung des übrigen ORF

So würde aus einem überdehnten Mischsystem ein klarer, ehrlicher und zukunftsfähiger Medienaufbau.

IAPÖ-Kernbotschaft

Was staatlich ist, soll offen staatlich sein.

Was privat sein kann, soll privat werden.

Was Österreich braucht, ist ein schlanker ORF für Resilienz, Sicherheit und Identität – nicht ein gebührenfinanzierter Medienkonzern.